

Inhaltsverzeichnis

A. Einführung	15
I. Das „Recht auf Reparatur“ im Kontext der Diskussion über Recht und Nachhaltigkeit	15
II. Entwicklungslinien innerhalb der Europäischen Union	19
1. Öko-Design-Richtlinie 2009, Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft 2020	19
2. Initiative „Nachhaltiger Konsum von Gütern – Förderung von Reparatur und Wiederverwendung“	21
3. Kommissionsvorschlag vom 22.3.2023: das neue „Recht auf Reparatur“	22
III. Untersuchungsziele und Methode	24
1. Kritische Begleitung der vorgeschlagenen Neuregelungen aus der Perspektive des Handwerks	24
2. Das Vertragsrecht im effektiven Regulierungsmix	25
3. Recht, Politik und Verhaltenssteuerung	26
B. Frühzeitige Obsoleszenz als praktische Hürde für das „Recht auf Reparatur“	31
I. Frühzeitige Obsoleszenz als Hindernis für das „Recht auf Reparatur“	31
1. Einführung in das Phänomen der frühzeitigen Obsoleszenz	31
2. „Geplante“ Obsoleszenz als problematischer Begriff	32
3. „Frühzeitige Obsoleszenz“ als sachgerechter Begriff	34
II. Haupttypen frühzeitiger Obsoleszenz	35
1. Werkstoffliche Obsoleszenz	36
2. Funktionelle Obsoleszenz	36
3. Indirekte Obsoleszenz	38
4. Ökonomische Obsoleszenz	41
a) Hohe Reparaturkosten	42
b) Fehlende oder schwierige Verfügbarkeit kostengünstiger Ersatzteile	43
c) Reparaturdauer	44

d) Ökonomische Obsoleszenz in der Perspektive des Handwerks	45
5. Psychologische Obsoleszenz	45
III. Hauptursachen frühzeitiger Obsoleszenz	46
1. Ursachen auf Herstellerseite	47
2. Ursachen auf Verbraucherseite	48
 C. „Recht auf Reparatur“ – Chancen und Risiken, insbesondere aus der Perspektive des Handwerks	51
I. Gemeinwohlaspekte (insbesondere: Nachhaltigkeit)	51
II. Erschließung neuer Märkte (insbesondere: Sekundärmarkte für Reparaturen)	53
III. Nachteilige ökonomische Konsequenzen	56
IV. Notwendige Umstellung unternehmerischer Prozesse – auch im Handwerk	56
V. Ökonomische Konsequenzen auf Verbraucherseite	57
 D. „Recht auf Reparatur“ in der Praxis des geltenden Rechts?	59
I. Einführung	59
II. Der kaufrechtliche Anspruch auf Nacherfüllung (Art. 13 Warenkauf-RL bzw. §§ 437 Nr. 1, 439 BGB)	60
1. Grundlagen	60
2. Sachmangel bei Gefahrübergang	61
a) Subjektiver Fehlerbegriff und Reparierbarkeit	61
b) Objektiver Fehlerbegriff und Nachhaltigkeit	62
c) Die Reparierbarkeit von Produkten im Spiegel des objektiven Fehlerbegriffs	64
d) Die Haltbarkeit der Sache im Spiegel des objektiven Fehlerbegriffs	65
3. Reparatur und das Wahlrecht des Käufers im Rahmen der Nacherfüllung	68
4. Unmöglichkeit und Unverhältnismäßigkeit der Reparatur	69
a) Unmöglichkeit der Reparatur (§ 275 Abs. 1 BGB)	69
b) Unverhältnismäßigkeit der Reparatur (§ 439 Abs. 4 BGB, Art. 13 Abs. 3 Warenkauf-RL)	70

c) Recht des Verkäufers auf Reparatur nur bei Unverhältnismäßigkeit der Ersatzlieferung (§ 439 Abs. 4 BGB)	70
5. Verjährung und Mängelvermutung	71
a) Gewährleistungsrechtliche Regelverjährung von zwei Jahren (§ 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB)	71
b) Beweislastumkehr bezüglich des Gefahrübergangs (§ 477 BGB, Art. 11 Warenkauf-RL)	73
c) Ablaufhemmungen für Waren mit digitalen Elementen (§ 475e Abs. 1 und Abs. 2 BGB)	74
III. Das europäische Ökodesign-Recht	75
1. Gegenwärtige Rechtslage: Die Ökodesign-RL und Durchführungsverordnungen	75
2. Kommissionsvorschlag für eine neue Ökodesign-VO (Ökodesign-VO-E)	77
IV. Zwischenfazit	79
 E. Der Vorschlag einer Richtlinie über die Förderung der Reparatur von Waren vom 22.3.2023	81
I. Einführung	81
1. Überblick	81
2. Der Vorschlag im Kontext des europäischen <i>Green Deal</i>	82
3. Ziele	83
4. Rechtsgrundlage: Art. 114 AEUV (Binnenmarktharmonisierung)	84
5. Allgemeine Bestimmungen des Richtlinievorschlags	85
a) Gegenstand, Begriffsbestimmungen und Geltungsbereich (Art. 1)	85
b) Umsetzung und Verbandsklagen-RL (Artt. 13 ff.)	86
c) Begriffsbestimmungen	87
d) Vollharmonisierungscharakter (Art. 3)	88
e) Durchsetzung, Verbraucherinformationen und zwingender Charakter	89
II. Das Europäische Formular für Reparaturdienstleistungen (Art. 4)	90
1. Zielsetzung	90

2. Wesentlicher Regelungsgehalt	91
a) Grundsatz: Pflicht zur Zurverfügungstellung des Formulars (Art. 4 Abs. 1)	91
b) Ausnahme für nicht zur Reparatur verpflichtete Reparaturbetriebe	91
c) Kosten	92
d) Informationspflichten	92
aa) Umfang	92
bb) 30-Tagesfrist	93
cc) Bündelungsfunktion (Art. 4 Abs. 6)	93
3. Kritik	94
a) Mit dem Formular verbundene Hoffnungen der Kommission	94
b) Das Formular als praxisuntaugliche Hürde für Reparaturbetriebe	94
c) Grenzen der Informationspflichten und Fehlsteuerungsgefahr	95
d) Das Problem der Preisbindung innerhalb der 30-Tages-Frist	97
aa) Die Preisermittlung bei Reparaturen im geltenden deutschen Schuldrecht	97
bb) Mögliche Konsequenzen des Art. 4 in der Perspektive des deutschen Rechts	98
cc) Änderungsoption (Art. 4 Abs. 5)	100
e) Benachteiligung statt Förderung kleiner und mittlerer Handwerksbetriebe	101
f) Zwischenergebnis	101
III. Reparatur statt Ersatz bei gleichen oder geringeren Kosten (Warenkauf-RL)	102
1. Ziele	102
2. Die Ergänzung der Unverhältnismäßigkeitseinrede in Art. 13 Abs. 2 Warenkauf-RL	103
3. Einschränkung des Wahlrechts der Verbraucher nach EG 28?	103
4. Bewertung und Kritik	105
a) Unklarheit bezüglich der Reichweite des Vorschlags	105
b) Keine Reparaturverpflichtung zur Durchführung faktisch unmöglich Reparaturen	105

c) Unangemessene Einschränkung von Verbraucherinteressen?	106
d) Geringe Effektivität der geplanten Ergänzung der Warenkauf-RL	108
e) Zwischenergebnis	109
IV. Das „Recht auf Reparatur“ im engeren Sinn:	
Herstellerpflicht zur Reparatur außerhalb der gesetzlichen Gewährleistung	110
1. Grundidee und Zielsetzung	110
2. Umfang und Grenzen	111
a) Beschränkung auf Waren mit Anforderungen an die Reparierbarkeit	111
b) Der verpflichtete Personenkreis	113
aa) Hersteller	113
bb) Untervergabe von Reparaturen durch die Hersteller	114
cc) Hersteller mit Sitz außerhalb der Union: Bevollmächtigte, Importeure, Verteiler	114
c) Reparatur gegen eine Gegenleistung	116
d) Keine Reparaturpflicht bei Unmöglichkeit der Reparatur	116
e) Zugang zu Ersatzteilen, reparaturbezogenen Informationen und Werkzeugen	117
f) Informationspflichten des Herstellers (Art. 6)	117
3. Bewertung und Kritik	118
a) Chancen und positive Facetten des „Recht auf Reparatur“ i.e.S.	118
b) Zur Begrenzung auf Waren mit Anforderungen an die Reparierbarkeit	119
c) Unzumutbare Herstellerbelastung?	122
d) Fehlende Antwort auf das Problem hoher Reparaturpreise	123
e) Fehlende Regelungen zum Datenzugang	124
V. Online-Plattform für Reparaturen und überholte Waren (Art. 7 des Vorschlags)	125
1. Grundidee und Ausgestaltung	125
a) Zielsetzung	125

b) Ausgestaltung der „Matchmaking-Reparaturplattform“	126
2. Bestehende Plattformen und Ausdehnungsoptionen	126
3. Bewertung und Kritik	127
VI. Europäischer Qualitätsstandard	128
VII. Gesamtbewertung des Kommissionsvorschlags	129
1. Die Förderung von Reparaturen als Zukunftsaufgabe des europäischen Privatrechts	129
2. Zentrale Kritikpunkte	129
 F. Weitere vertragsrechtliche Regulierungsoptionen und handwerksgerechte Umsetzungsmöglichkeiten	 133
I. Ergänzungsbedarf im Lichte der Nachhaltigkeitsziele der Kommission	133
II. Weitere Gestaltungsoptionen beim „Recht auf Reparatur“ i.e.S.	134
1. Wertersatzpflicht der Hersteller bei Unmöglichkeit der Reparatur	134
2. Regelung der Preisproblematik beim Recht auf Reparatur i.e.S.	134
III. Weitergehende Änderungen der Warenkauf-RL	136
1. Herausforderungen und Chancen für das Handwerk	136
2. Reparatur als grundsätzlich vorrangiger Rechtsbehelf in der Warenkauf-RL	137
3. Ersatzlieferung oder Reparatur durch <i>refurbished</i> Waren	137
IV. Insbesondere: Verlängerung der zeitlichen Grenzen für das Recht auf Reparatur	139
1. Zur Verlängerung der kurzen kaufrechtlichen Regelverjährung	140
2. Individuelle produktabhängige Verjährungsfristen	143
3. Zur Umsetzung einer Verlängerung von Verjährungsfristen	144
4. Verlängerung der Mängelvermutung beim Verbrauchsgüterkauf	145
5. Einheitliche Verjährungsfristen für neue und gebrauchte bzw. refurbished Waren?	146

G. Weitere Regulierungsoptionen außerhalb des Vertragsrechts	147
I. Direkte gewährleistungsrechtliche Herstellerhaftung	147
II. Reparaturfreundliches Produktdesign und Liberalisierung der Reparaturmärkte	149
III. Verminderter Mehrwertsteuersatz für Reparaturen	152
IV. Informationskampagnen, zielorientierte Aufklärung, Reparaturindex	152
V. Ausbildung von Reparaturfachkräften	153
VI. Reparaturboni	153
VII. Bestrafung geplanter Obsoleszenzstrategien (nach französischem Vorbild)?	154
F. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	155
G. Literaturverzeichnis	157